



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 19. März 2009
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1148
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

über die 66. Sitzung des Sozialausschusses

*am Donnerstag, dem 19. März 2009,
im Konferenzsaal des Landtags*

Beginn: 14:00 Uhr

Der Ausschuss empfahl dem Landtag jeweils mit Mehrheit, den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur **Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens**, Drucksache 16/2205, und den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zum **Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens**, Drucksache 16/2215, abzulehnen und den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD zur **Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens**, Drucksache 16/2345, unverändert anzunehmen.

Bezüglich des **Pflegegesetzbuches II** und den dazu vorliegenden Anträgen Drucksachen 16/2290, 16/1484, 16/1601 und dem mündlichen Bericht der Landesregierung vom 13. September 2007 beschloss der Ausschuss, am 14. Mai 2009, 12 Uhr, eine Anhörung durchzuführen.

Den Bericht der Landesregierung über **Pflegestützpunkte**, Drucksache 16/2451, nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis. Er bittet die Landesregierung, ihm im Juni einen Sachstandsbericht zu erstatten.

Bezüglich der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, **Stand und Perspektiven der kulturellen Entwicklung Schleswig-Holsteins**, Drucksache 16/2276, formulierte er Fragen an die Landesregierung.

Den Bericht der Landesregierung über die **Zukunft der medizintechnischen Ausstattung der Partikeltherapie am Nordeuropäischen Radioonkologischen Centrum Kiel (NRoCK)**, Drucksache 16/2450, stellte der Ausschuss bis zur Beantwortung der vom Finanzausschuss gestellten Fragen zurück.

Der Ausschuss beriet sodann den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend **Kindergeldzuschlag und Wohngeld anstatt Hartz IV**, Drucksache 16/2364. Im Rahmen der Beratung zog die antragstellende Fraktion die Nummer 1 des Antrages zurück. Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den geänderten Antrag abzulehnen.

Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema **Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften**, Drucksache 16/2484, stellte der Ausschuss bis Herbst 2009 zurück.

Sodann empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen

die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Mehr Frauen in Führung**, Drucksache 16/2485, abzulehnen.

Angesichts der vorgesehenen Sondersitzung des Landtages am 3. April 2009 beschloss der Ausschuss einstimmig, die für die 14. Kalenderwoche vorgesehene **Informationsreise** des Sozialausschusses in die **Niederlande** abzusagen.

Schluss: 15:40 Uhr

gez. Petra Tschanter